

DER FREIE WAHLER



Bund

- S.02 Aktuell
- S.03 Klausur
- S.04 FW-Intern
- S.05 Info

Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins Neue Jahr



Länder

- S.06 Baden-Württem.
- S.08 Bayern
- S.09 Berlin
- S.10 Brandenburg
- S.11 Hamburg
- S.12 Hessen
- S.13 Mecklenburg-Vorp.
- S.14 Niedersachsen
- S.15 NRW
- S.16 Rheinland-Pfalz
- S.18 Saarland
- S.19 Sachsen
- S.20 Sachsen-Anhalt
- S.21 Schleswig-Holstein
- S.23 Thüringen



Editorial

- S.24 Rückblick und Impressum

alle Fotos im Heft von Cordula Breitenfellner, dpa und den Verfassern



AKTUELL



Zukunft sichern!

Politik hat die Aufgabe, für die Wohlfahrt der Bürger zu sorgen. Im Einzelfall ist es möglicherweise nicht ganz einfach, haarscharf festzulegen, worin dieses „Allgemeinwohl“ nun liegt. Uns FREIEN WÄHLERN geht es darum, Zukunft zu sichern, eine funktionsfähige Gesellschaft zu erhalten, die „Daseinsvorsorge“ zu garantieren. Und da muss der Bürger über seine gewählten Vertreter mitreden können.

Gesundheits-, Trinkwasser- und Energieversorgung unter Einfluss des Staates ist allemal besser, als wenn die Allgemeinheit auf Entscheidungen aus Konzernzentralen angewiesen ist. Dezentrale Strukturen z. B. in der Energieversorgung sind besser als einige wenige marktbeherrschende Riesen. Politik hat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass diese Strukturen möglich sind, dass also Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand bleibt oder wieder dorthin kommt.

Ein vernünftiges Einkommen aus dem „Gesundheitstopf“ und überschaubare Bürokratie erhält die wohnortnahe freiberufliche Haus- und Facharztversorgung, zunehmende Budgetierung und Bürokratie verdrängt diese. Angemessene Krankenhausfinanzierung erhält kommunale Kliniken, ansonsten leistet die Politik Klinikkonzernen Vorschub.

Überzogene Vorschriften verteuern den Betrieb kleiner Trinkwasserversorger – Großinvestoren warten dankbar auf Renditeobjekte. Einspeisevergütungen für kleine Energieerzeuger, Zugang zu den Netzen, Planungssicherheit für dezentrale Energiegenossenschaften etc. entscheiden darüber, ob Kommunen und Privatleute in größerem Umfang in die Energieerzeugung einsteigen oder der Markt den Großen überlassen bleibt. Die Politik entscheidet. Im Sinne der Bürger nur dann, wenn die nötige Unabhängigkeit gewährleistet ist. Große Konzernspenden an Parteien sind zu verbieten, um unabhängig zu bleiben – das fordern wir FREIE WÄHLER. Weil wir Zukunftspolitik im Sinne der Bürger machen wollen.

Auch bei der Währungspolitik wird über die Zukunft entschieden. Die Europolitik muss die Verschuldungsspirale durchbrechen: Schuldenschnitt, Hilfe zur Selbsthilfe für schwache Staaten, keine Garantien für Spekulanten, Haushaltsdisziplin durch Verweigerung von Hilfspaketen – nicht nur darauf abzielen, Steuergeld für Rettungsschirme zu mobilisieren, um den Schuldendienst der Gläubiger zu bedienen. Neue Denkansätze sind gefragt. Mit neuen Kräften. FREIE WÄHLER.

Ihr

Hubert Aiwanger
Bundesvorsitzender





FREIE WÄHLER - Klausur auf Norderney im Nov. 2011

Die FREIEN WÄHLER sehen das Weltnaturerbe Wattenmeer als ökonomische Chance und ökologische Verpflichtung

Auf Norderney fand Anfang November erstmalig eine Klausur des erweiterten Bundesvorstandes der FREIEN WÄHLER statt. Neben der Ausarbeitung der Programmatik im Hinblick auf die geplante Bundestagswahlbeteiligung 2013 verbunden mit der Aufteilung in einzelne Arbeitskreise, wurde auch das Thema Weltnaturerbe Wattenmeer genauer beleuchtet und sich mit den Auswirkungen des Nationalparkstatus beschäftigt.

Seit Juni 2009 gehört der niederländische, niedersächsische und schleswig-holsteinische Wattenmeerbereich erweitert 2011 um das Hamburgische Wattenmeer zum UNESCO-Weltnaturerbe. Bei dem Wattenmeer handelt es sich um das größte gezeitenabhängige Feuchtbiotop der Welt mit einer außergewöhnlichen Artenvielfalt. Die Nordseeküste mit ihrem Wattenmeer spielt damit in der selben Liga, wie der Grand Canyon in den USA oder Great Barrier Reef in Australien.

In einer Symbiose von Naturschutz, Tourismus und lokaler Wirtschaft ist es das Ziel den dauerhaften Schutz einer einzigartigen und abwechslungsreichen Naturlandschaft im Bereich zwischen Ebbe und Flut, Festland und Inseln und Mensch und Natur umzusetzen. „Dabei muss nach Ansicht der FREIEN WÄHLER darauf geachtet werden, dass kein „Käseglockenschutz“ errichtet wird, der den Belangen der einheimischen Bevölkerung zuwiderläuft“, so Arnold Hansen, Landesgeschäftsführer der FREIEN WÄHLER Niedersachsen.

Bundesvorsitzender Hubert Aiwanger ergänzt: „Schutz durch Nutzung ist in vielen Fällen der beste Naturschutz. Das gilt auch für Norderney. Wir müssen dafür sorgen, dass der Tourismus als Wirtschaftsfaktor Nummer 1 gezielt weiterentwickelt wird, ohne die berechtigten Belange des Naturschutzes aus den Augen zu verlieren.“

Nach Diskussionen mit den FREIEN WÄHLERN Norderney ist eine Modernisierung der Hafeninfrastruktur u. a. durch Bau eines neuen Hafenterminals dringend erforderlich. „Von großer Bedeutung ist zudem, dass der authentische Charakter der Insel in seiner Kultur und Struktur bewahrt und vertieft wird“, sagt Bundesgeschäftsführerin Cordula Breitenfellner abschließend. BGF

FREIE WÄHLER nehmen Einblick und haben Weitblick





FW-INTERN



FREIE WÄHLER werden künftig noch mehr im Konzert der überregionalen Politik mitspielen

Seit der Umstrukturierung im Februar 2010 der für die Europawahl 2009 extra gegründeten Bundeswählergruppe in die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER wächst in der seit 1946 bestehenden Historie der FREIEN WÄHLER nun auch die elektorale Komponente bundesweit zu einer solidarischen, soliden und schlagkräftigen politischen Einheit zusammen.

Als Anwalt der Kommunen tragen die FREIEN WÄHLER mit ihrer seit Jahrzehnten bewiesenen politischen, sachorientierten Kompetenz und durch Ablehnung von Konzernspenden mit ihrer Unabhängigkeit in der politischen Meinungsbildung und im Entscheidungsprozess ein hohes Maß an Verantwortung, weswegen die FREIEN WÄHLER konsequenterweise auch auf überregionaler Ebene, wo wesentliche Entscheidungen getroffen und die Gesetze erlassen werden, präsent sein müssen.

Ende 2010 existierten mit Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Berlin bereits sieben Landesuntergliederungen. Im Jahre 2011 gründeten sich in Brandenburg, Sachsen, Saarland und Nordrhein-Westfalen vier weitere Landesvereinigungen.

Um keine errungenen politischen Privilegien zu verlieren, musste bei den existenten politischen Landesorganisationen in Bayern, Hessen und Schleswig-Holstein ein Fusionsverfahren eingeleitet und dabei etliche juristische Hürden genommen werden. Nach erfolgreicher Durchführung der für Fusionen zwingend vorgeschriebenen Urabstimmung im Herbst diesen Jahres, steht seitens der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER einer aufnehmenden Verschmelzung als Zweigverein für FW Bayern, FW Hessen und FW Schleswig-Holstein nichts mehr im Wege. Nachdem sich FW Schleswig-Holstein im Frühherbst bereits in einer eigenen Urabstimmung für die Fusion ausgesprochen hat, wird diese am 01.01.2012 in Kraft treten. FW Bayern führte im November seine Urabstimmung mit positivem Ergebnis durch und bildet seit 15.12.2011 die Landesvereinigung FREIE WÄHLER Bayern e. V. Bei FW Hessen wird im kommenden Frühjahr die noch ausstehende Urabstimmung in Gang gesetzt werden.

Nach einem lang geplanten Generationenwechsel im Herbst diesen Jahres in der Führungsriege von FW Thüringen wurden die Beitrittsverhandlungen Anfang Dezember erfolgreich wieder aufgenommen, so dass die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER bei einer Bundestagswahlbeteiligung 2013 voraussichtlich auch hier mit einer Untergliederung vertreten sein wird.

Die politischen Zielsetzungen der FREIEN WÄHLER sind groß, haben aber die besten Voraussetzungen. Die etablierten Parteien haben dank ihrer Ideen- und Orientierungslosigkeit sowie ihrer Lobbypolitik und Bürgerferne einen enormen Vertrauensverlust beim Wähler zu verzeichnen. Des Weiteren wurde durch das kürzlich gesprochene BVerfG-Urteil die 5%-Hürde bei der Europawahl für nichtig erklärt.

Lassen Sie uns gemeinsam frischen Wind in die angestaubte Politik bringen!

BGF

Termine:

Länderrat am
28.01.2011 in
Gießen

politischer
Aschermittwoch am
22.02.2012 in
Deggendorf und im
Raum Worms





FREIE WÄHLER - Pressekonferenz Berlin am 19.12.2011: Hans-Olaf Henkel unterstützt die FREI EN WÄHLER

Der Bundesvorsitzende Hubert Aiwanger macht sich Sorgen um die Stabilität der Währung und beruft sich auf die Aussagen des früheren Bundespräsidenten Horst Köhler, der von einem Machtkampf zwischen Politik und Finanzwelt gesprochen hat. Aiwanger: „Wir brauchen eine Regulierung der Finanzindustrie und das Einhalten der Eurostabilitätskriterien, nicht immer größere Rettungsschirme, die am Ende niemand mehr bezahlen kann.“

„Nach dem Mitgliederentscheid der FDP für den permanenten Eurorettungsschirm hat die einzige im Bundestag vertretene liberale Kraft ihren Geist aufgegeben,“ so Ex-BDI Chef Hans-Olaf Henkel und weiter: „Die FREIEN WÄHLER haben als neue bundesweit agierende liberale und bürgernahe Kraft ein Riesenpotenzial, vor allem auch die große Gruppe der Nichtwähler wieder in den politischen Entscheidungsprozess einzugliedern.“

FREIE WÄHLER: liberal und wertkonservativ



Foto v. l. n. r.:
Bundesvorsitzender
Hubert Aiwanger, BGF
Cordula Breitenfellner
und Hans-Olaf Henkel



Wie halten es die FREIEN WÄHLER mit der Freiheit?

Die Freiheit – welche und wessen Freiheit?

Die FREIEN WÄHLER führen mit der Freiheit die erste der drei zentralen Ideen des sich von den Fesseln der absolutistischen Herrschaft befreienden Bürgertums in ihrem Namen, so dass es unumgänglich ist, einige Gedanken der Frage zu widmen, welches denn unser Begriff von Freiheit ist. Umso mehr, als es in der deutschen Parteienlandschaft ja eine weitere Partei gibt, die sich namentlich auf die Freiheit beruft.

Völlig unstrittig ist es wohl, dass wir alle die Bewahrung und Stärkung der bürgerlichen Freiheitsrechte, so wie sie in der Erklärung der Menschenrechte und auch in unserem Grundgesetz verankert sind, als eines der zentralen Anliegen der FREIEN WÄHLER ansehen.

Schwieriger ist die Beurteilung der Freiheit im Bereich der Wirtschaft, weil nach dem historischen Scheitern des Modells der zentralistischen Planwirtschaft sich bei vielen Menschen die Meinung festgesetzt hat, dass es zu unserem jetzigen Modell, dem der kapitalistischen Marktwirtschaft keine ernst zu nehmende Alternative geben könne. Gleichwohl bedauern dieselben Menschen, dass das Gewinnstreben und der Konkurrenzdruck, egoistisches und rücksichtsloses Verhalten des Ausgrenzens immer schlimmer würden. Dies ist aber inzwischen der Wesenskern dieser Wirtschaftsform. Solche Verhaltensweisen sind diametral entgegengesetzt zu denen im Bereich der zwischenmenschlichen Beziehungen, die immer dann gut gelingen, wenn sie geleitet sind von Vertrauensbildung, Solidarität, Kooperation, Teilhabe*). Es gab einmal in unserem Land eine soziale Marktwirtschaft. Trotz grundsätzlicher Freiheit der Wirtschaftssphäre war deren Ziel der Ausgleich zwischen Arm und Reich durch Schaffung von Spielregeln, welche die Politik zwingend beachten sollte. Hiervon sind wir aktuell leider weit entfernt und einem Ludwig Erhard würde unsere heutige Wirtschaftspraxis nicht gefallen, bei der in vielen Bereichen nicht mehr die Politik und die in die demokratische Verantwortung Gewählten entscheiden.

Insofern ist es für unser Gemeinwesen äußerst gefährlich, wenn wir es zulassen, dass das Ellenbogenprinzip unseres heutigen Wirtschaftslebens in alle gesellschaftlichen Bereiche eindringt und deren Freiheitsbedürfnisse untergräbt. Wer z. B. den Bereich der Kultur auch mit der Renditemesslatte bewertet, handelt ignorant und fahrlässig.

Wie wir alle wissen, kann man sich als Partei der Freiheit auch zu einer Klientel-Partei degradieren, die vorzugsweise die Freiheit von Großkonzernen im Auge hat, die möglichst unbehelligt von staatlichen Spielregeln und v.a. Besteuerungen ihren Geschäften nachgehen wollen. Für diesen Begriff der Freiheit aber, für den radikalen Wirtschaftsliberalismus, möchten wir nicht einstehen. Denn letztlich ist auf dessen geistigem Boden die aktuelle Finanzkrise entstanden, welche die Welt und auch viele Kommunen bei uns an den Rand des Abgrunds brachte. Diese globale Krise ist noch immer nicht überwunden und man hat den Eindruck, dass die international vernetzte Politik bis jetzt nicht in der Lage war, die notwendigen Regeln zu schaffen, die dem Unwesen des Spekulantentums wirksame Schranken setzen könnten. Hier sind wir Augenzeugen einer Politik, die sich auf die Freiheit beruft, ohne sich gleichzeitig um die Gleichheit und die Solidarität zu kümmern. Dies aber ist uns allen schon im Art. 1 des Grundgesetzes aufgegeben. Kurz: Wer die Zusammengehörigkeit der Trias liberté-égalité-fraternité aufgibt, handelt asozial, gefährdet das Gemeinwesen. Dies kann von uns FREIEN WÄHLERN nicht unterstützt werden.



Die Freiheit – Freiheit wovon?

Wir sind frei von jedem parteihierarchischen Zwang, uns zu einem Ismus zu bekennen, sei er nun philosophischer, politischer, religiöser oder sonstiger Natur. Wir wollen deutlich machen, dass wir die Mahnung der Aufklärung, uns unseres eigenen Verstands zu bedienen, ernst nehmen und frei sein wollen von Bevormundungen, von vorgefertigten Denkmustern, von festgefügtten Sprachregelungen und Sprechblasen und wir sind stolz auf unsere Vielfalt.

Natürlich hat jeder FREIE WÄHLER, der in einem politischen Gremium der repräsentativen Demokratie seine Stimme für oder gegen eine gesetzliche Vorlage in die Urne werfen soll, eine gehörige Sammlung von Wertvorstellungen in seinem geistigen Gepäck, die auf jeden Fall seine Abstimmung beeinflussen. Das kann nicht anders sein. Das Besondere und Unparteiische ist hierbei aber, dass er frei von zwingenden Vorgaben der Fraktion ist und die Freiheit hat, mit seinem eigenen Verstand die Argumente abzuwägen und zu prüfen, ob das Ja oder das Nein für das Gemeinwohl förderlicher wäre bzw. den besseren Ausgleich zwischen den Interessen des Individuums und denen der Gemeinschaft verspricht. Er kann auch bei diesem Abwägen der Argumente auch zu dem Schluss kommen, dass er es nicht entscheiden kann oder nicht entscheiden will und sich der Stimme enthalten. Er kann bei dieser Arbeit auch zu dem Schluss kommen, dass es bei einer bestimmten Frage nicht ausreicht, dass nur in seinem Gremium die Vor- und Nachteile eines bestimmten Vorhabens oder Gesetzes debattiert werden und sich dafür aussprechen, dass die Entscheidung von der Bevölkerung selbst gefällt werden sollte. Einem Politiker der etablierten Parteien käme so eine freiwillige Abgabe der Entscheidungsmacht kaum in den Sinn.

Wir wollen auch deutlich machen, dass wir FREIE WÄHLER frei sind von einer Fixierung auf eine bestimmte Zielgruppe in der Gesellschaft. Wir wollen alle ihre Mitglieder ansprechen. In allen Altersgruppen und in allen sozialen Schichten.

Die Freiheit – Freiheit wozu?

Nach diesen klärenden Überlegungen zum Freiheitsbegriff muss nun das Wichtigste überhaupt gesagt werden, nämlich, was wir denn mit dieser Freiheit bezwecken. Bei aller Vielfalt auf die wir stolz sind, müssen wir aber doch in der Lage sein, ein Ziel zu benennen, das uns eint: Es ist unser erklärter Wille, politisch an der Gestaltung unserer von divergierenden Interessen geprägten Gesellschaft in der Weise mitzuwirken, dass die Spielregeln, die sie braucht, die Rechtssetzung, demokratisch, grundrechtskonform und gemeinwohlorientiert entschieden wird.

Wenn wir zudem auch auf die stetig wachsende Gruppe der Nichtwähler hinweisen, dann prangern wir nicht nur einen Missstand an, sondern bieten auch Lösungsmöglichkeiten, indem wir mehr direkte Demokratie mit fairen gesetzlichen Regelungen für die Abstimmungsrechte der Bevölkerung fordern. Nur dann kann die Demokratie erneuert werden, wenn der Souverän selbst daran beteiligt ist und er so die Zuschauerdemokratie aufbrechen kann, die wir heute hauptsächlich haben. Allerdings müssen wir auch darauf einwirken, dass bereits vorhandene Mitwirkungsrechte und -möglichkeiten noch konsequenter wahrgenommen werden. Dazu brauchen wir eine Erziehung zur Mitverantwortung, die Bereitschaft, sich einzubringen und nicht nur eigene sondern auch gemeinsame Ziele optimal erreichen zu wollen.

Weg vom Egoismus hin zur Kooperation: Dies ist das Credo einer Gemeinwohl-Ökonomie, dessen Basis in der Bildungs- und Erziehungspolitik gelegt werden muss. Nur dann kann die Qualität der parlamentarischen Arbeit verbessert werden, wenn die repräsentative Legislative mit der Konkurrenz des Volkes rechnen muss.

Ulrich Glaubitz
Landesschriftführer



Sachliche Bürgerpolitik im Praxistest

Es wird ja immer behauptet, Landespolitik sei ganz anders als Kommunalpolitik. In den Kommunen wäre die Welt ja noch einigermaßen in Ordnung, dort würde über Parteigrenzen hinweg nach der besten Lösung gesucht und dann häufig ein einstimmiger Beschluss gefasst. Im Idealfall ja, und in vielen Kommunen läuft das auch so. Es gibt aber auch viele Fälle, in denen bereits dort „Partei politik“ betrieben wird nach dem Motto: wenn eine Idee von denen kommt, müssen wir schon deshalb dagegen sein, weil es eben von denen kommt. Auf keinen Fall dem Gegner einen „Stich machen“ lassen. Lieber die Sache ablehnen und einige Wochen später mit eigener Überschrift einbringen und dann verabschieden, um die fremden Lorbeeren einzuheimsen. So weit so schlecht könnte man sagen. Wir haben in Bayern seit drei Jahren den Feldversuch geführt, ob es auch möglich ist, guten Vorschlägen „der anderen“ im Landtag zuzustimmen. Obwohl wir anfangs mitleidig belächelt wurden ob wir denn die Spielregeln des Parlaments nicht kennen würden, denen zufolge man angeblich Opposition um der Opposition willen zu machen hätte und damit von Ausnahmen abgesehen dem Gegner das Leben möglichst schwer zu machen hätte, sehe ich unser Vorgehen gelungen an. Wir haben den Ruf des konstruktiven Ideengebers, nicht der ätzenden Fundamentalopposition. Hätte die schwarz-gelbe Regierung unser Angebot einer sachlichen Zusammenarbeit ernst genommen anstatt den mittlerweile gescheiterten Versuch zu unternehmen, uns totzuschweigen, abblitzen zu lassen und uns durch Übernehmen unserer Ideen überflüssig zu machen, dann stünde die jetzige Regierung besser da als sie es derzeit tut. Nicht mehr nur der aufmerksame Beobachter erkennt mittlerweile unschwer, dass sich die Regierung ins Abseits manövriert hat. Es geht ums Land, nicht um politische Winkelzüge. Der Eindruck der Zuschauer auf den Tribünen des Landtags ist ein wichtiger Gradmesser. Wenn diese Leute fordern, dass man doch bitte um der Sache willen besser zusammenarbeiten müsse anstatt sich gegenseitig zu blockieren und man nicht versteht, warum denn unser guter Antrag abgelehnt wurde, dann hat dieses Wort Gewicht. Wir sitzen in deren Auftrag auf den Parlamentsstühlen. Sachliche Bürgerpolitik ist auch im Landtag nicht nur möglich, sondern Wählerauftrag.

Hubert Aiwanger

FREIE WÄHLER: Der Mensch im Mittelpunkt



Plenarsaal
Bayerischer
Landtag



FREIE WÄHLER Berlin: „Bange machen jilt nich“

In der Bundeshauptstadt, wo fast nur bundespolitische Themen im Fokus stehen und kommunalpolitische Belange zur Randnotiz degradiert werden, haben sich vor genau einem Jahr im Dezember 2010 couragierte und engagierte Berlinerinnen und Berliner zusammengefunden und die Landesvereinigung FREIE WÄHLER Berlin gegründet, um dem Bürgerwillen vor Ort wieder mehr Gehör zu verschaffen. Ein nicht ganz leichtes Unterfangen, denn hier bedarf es höchster Sensibilität und Fingerspitzengefühl. Das jahrzehntelang geteilte Berlin weist heute noch Wunden und Narben auf, die es zu heilen gilt. Zudem hat sich Berlin zu einem Schmelztiegel verschiedenster Kulturen und Religionen entwickelt, dem ebenfalls Rechnung zu tragen ist.

„Die im Aufbau befindlichen FREIEN WÄHLER Berlin erarbeiten gerade ein spezifisches, auf den Stadtstaat zugeschnittenes Programm und werden aktiv die Teilnahme an der Bundestagswahl unterstützen,“ so der Landesvorsitzende Dr. Christian Schmidt. BGF

Freiheit ist wie das Meer: Die einzelnen Wogen vermögen nicht viel, aber die Kraft der Brandung ist unwiderstehlich. Václav Havel (†18.12.2011)



Das Kanzleramt
zu Weihnachten



FREIE WÄHLER Brandenburg

Mitte Mai 2011 wurde in Potsdam die Landesvereinigung FREIE WÄHLER Brandenburg gegründet und mit Barbara Wolff als ehemalige, langjährige Bürgermeisterin und Landtagsabgeordnete eine politisch sehr erfahrene Landesvorsitzende gewählt.

Die Aufbauarbeit der Landesvereinigung wird derzeit noch ein wenig gehemmt durch die Existenz einer namensgleichen politischen Gruppierung im Land, die jedoch überhaupt nichts mit den wirklichen FREIEN WÄHLERN zu tun hat, sondern nur von unserem guten Ruf zu schmarotzen gedenkt. Nach dem BGH-Urteil Ende September diesen Jahres wird man umgehend, wenn das Urteil in Schriftform endlich vorliegt, gegen diese Trittbrettfahrer namensrechtlich gerichtlich vorgehen, um auch den Wählerinnen und Wählern garantieren zu können, wo FREIE WÄHLER drauf steht, ist auch FREIE WÄHLER drin.

Da in Brandenburg dieses Jahr keine Landtagswahlen anstanden, unterstützten sie, wie auch die FREIEN WÄHLER aus Niedersachsen die anderen Landesvereinigungen im Wahlkampf und sammelten nicht nur fleißig notwendige Unterstützungsunterschriften, sondern auch eine Menge Erfahrung für künftige Wahlkämpfe. BGF

Termine:

Neujahrsempfang
am 20.01.2012 in
Potsdam

Der Staatsdienst muss zum Nutzen derer geführt werden, die ihm anvertraut werden, nicht zum Nutzen derer, denen er anvertraut ist.

Marcus Tullius Cicero



Foto links:
Bundesvorsitzender
Hubert Aiwanger
und BGF Cordula
Breitenfellner mit
der Landesvor-
standschaft FW BRB



Sicht aus Hamburg: FREIE WÄHLER unbeirrt aufbauen

FREIE WÄHLER Hamburg
von Wolf Achim Wiegand, Landesvorsitzender

Hamburg - Die größte Herausforderung für FREIE WÄHLER Hamburg ist derzeit die Gewinnung von Mitgliedern. Da es in der Freien und Hansestadt Hamburg keine Tradition kommunaler Wählervereinigungen gibt, ist die "Marke" FREIE WÄHLER quasi unbekannt. Wir FREIE WÄHLER müssen uns daher in Hamburg wie eine völlig neue Partei präsentieren. Das ist nicht einfach, da es bei uns derzeit kein allübergreifendes und brennendes Stadthema gibt, das profilierungsverdächtig wäre. Die unruhigen Zeiten der unseligen Schwarz-Grün-Regierung unter Ole von Beust (CDU) sind bei der Wahl im Februar 2011 beendet worden. Nun scheint der gemeine Hanseat recht zufrieden damit zu sein, dass die SPD unter "König" Olaf Scholz koalitionslos mit absoluter Mehrheit regiert.

Und dennoch: Ich rechne mit Schwung für FREIE WÄHLER Hamburg. Gerade in Deutschlands größtem Hafen schaut man sensibel auf die Vorgänge rund um unsere Währung, die Handel und Wandel nun mal entscheidend mitbestimmt. Das schwarz-gelbe Gezerre um den Euro und die Europäische Union, die meist ideologisch begründeten Antworten der Bundestagsopposition und die kaufmännisch nicht mehr zu rechtfertigende deutsche Staatsverschuldung spielen uns FREIEN WÄHLERN auch mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 in die Hände.

Wir dürfen aber kommunale Themen nicht vernachlässigen, zumal unsere Bezirkswahlen mit der Europawahl 2014 zusammenfallen. Dabei gilt nur die Drei-Prozent-Klausel - eine gute Chance also, die Rathäuser von Altona bis Bergedorf zu stürmen. Und zugleich das Europaparlament, das für weltoffene Hamburger durchaus von Bedeutung ist.

Hamburg braucht solide Antworten für die drängenden Probleme unserer Zeit. Schrille Töne sind seit einem gewissen Ronald Barnabas Schill verfeimt. Und Parteien, die wie der Seeräuber Störtebeker als kopflose Freibeuter agieren, werden dem stolzen Hamburg letztlich nicht gerecht.

Libertatem quam peperere maiores digne studeat servare posteritas – „Die Freiheit, die die Vorväter erwarben, möge die Nachwelt würdig zu erhalten sich bemühen.“ – Wahlspruch der Freien und Hansestadt Hamburg





FREIE WÄHLER: hessische Landesregierung agiert bei Atomenergiefragen kopflos!

“In der Finanz- und Europapolitik haben die Vertreter der etablierten Parteien hinreichend bewiesen, dass zukunftsfähige Lösungsvorschläge nicht ihre Stärke sind. Die Energiepolitik liefert gerade ein weiteres Negativbeispiel dafür,” so der Landesvorsitzende der FREIEN WÄHLER in Hessen Walter Öhlenschläger. So wurde vor rund 15 Monaten von CDU und FDP beschlossen, die Laufzeit der Deutschen Kernkraftwerke erheblich zu verlängern und den vormals vereinbarten Atomausstieg aufzukündigen. Dies geschah gegen den Willen einer deutlichen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Schon damals kritisierten die FREIEN WÄHLER Hessen die Verantwortungslosigkeit dieses Beschlusses der Schwarz-Gelben Bundesregierung. Eine Technik die nicht zu 100% kontrolliert und beherrscht wird, und das Fehlen gesicherter Entsorgungsmöglichkeiten für atomare Abfälle bedeutet nun mal nichts anderes, darf nicht auf Kosten nachfolgender Generationen einfach verlängert werden. Auch der nun anvisierte Atomausstieg bis 2022 aufgrund der Katastrophe in Fukushima lässt bei der jetzigen Energiepolitik mehr als Zweifel aufkommen.

Die FREIEN WÄHLER Hessen forderten schon im Januar 2011 eine klare Stellungnahme der Landesregierung zum Thema Lagerung atomarer Abfälle ein. Bei den Kraftwerksblöcken in Biblis befindet sich ein atomares Zwischenlager, dessen Laufzeit bislang an die der Kraftwerksblöcke A+B gekoppelt war. Ministerpräsident Bouffier hatte im November 2010 Gedankenspiele geäußert, dass er sich vorstellen könne, atomaren Abfall aus anderen Kraftwerken in das Bibliser Zwischenlager zu verbringen. Die Befürchtungen der FREIEN WÄHLER, dass die Hessische Landesregierung der Atomlobby beispringen und das Zwischenlager in Biblis auszuweiten versuchte wurden negiert und vom CDU-Landtagsabgeordneten Peter Stephan als blühende Fantasie abgekanzelt. Wenige Monate später hat nun der verlängert Arm der Hessische Landesregierung, nämlich der Regierungspräsident in Darmstadt die bestehende Koppelung der Laufzeiten von Atomkraftwerken und Zwischenlager als unzulässig erklärt und die Laufzeit des Zwischenlagers bis zum Jahr 2046 verfügt. Wenige Tage später wurde Kraftwerksdirektor Dr. Lauer sogar zitiert, man könne sich vorstellen ein 2. Zwischenlager in Biblis zu beantragen.

Die FREIEN WÄHLER wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen solche Ideen und erteilen diesem Ansinnen eine klare Absage. “35 Jahre lang hat die Politik bei der Suche bzw. dem Bau eines atomaren Endlagers in einem möglichst wenig besiedelten Gebiet versagt. Es ist nicht hinnehmbar, dass im Rhein-Main-Neckar Raum, einer extrem dicht besiedelten Region, für die nächsten 40 oder 50 Jahre atomare Abfälle gelagert werden sollen. Biblis ist nur wenige Flugminuten von Frankfurt Rhein-Main und dem Militärflughafen Ramstein entfernt. Einem terroristischen Anschlag durch einen Absturz einer großen Verkehrsmaschine hätten bekanntermaßen schon die Atommeiler nicht standgehalten. Wie verantwortungslos muss eine Landesregierung sein, wenn sie Ihren Bürgerinnen und Bürgern eine Verlängerung dieser Gefahr durch den Weiterbetrieb und die im Raum stehende Ausweitung des atomaren Zwischenlagers zumutet?”

Walter Öhlenschläger
Landes- und stellv. Bundesvorsitzender

Termine:

Landesmitglieder-
versammlung am
04.02.2012 in
Wiesbaden



FREIE WÄHLER Mecklenburg-Vorpommern mit neuem Landesvorstand

Bisheriger stellvertretender Vorsitzender übernimmt Vorsitz

Die Mitgliederversammlung der FREIEN WÄHLER ergänzte in großer Einmütigkeit in Güstrow ihren Vorstand und verteilte die Funktionen neu, weil der bisherige Vorsitzende Silvio Horn aus beruflichen Gründen aus dem Vorstand ausgeschieden war und auch der Schatzmeister aus demselben Grund angekündigt hatte, seine Funktion aufgeben zu müssen.

„Für die verbleibende Amtszeit bis zu regulären Neuwahlen im Herbst nächsten Jahres müssen wir natürlich arbeitsfähig sein“, erklärte der neue Vorsitzende und vorherige Stellvertreter Gustav Graf von Westarp.

Zu seinen Stellvertretern wurden Klaus-Dieter Gabbert aus Güstrow und der Bürgermeister Olaf Claus aus Boltenhagen gewählt. Gabriele v. Fuchs aus Zahren bekleidet in Zukunft die Funktion der Schriftführerin, Jürgen Dettmann aus Teterow das Amt des Schatzmeisters.

Dem erweiterten Vorstand gehören nunmehr an: Dr. Hartwig Kurth (Nossentiner Hütte), Rolf-Dieter Thiel (Rostock), Jochen Hoffmann (Zehna), Norbert Kühl (Weitenhagen), Arno Süssig (Salem) und Helmut Precht (Laage).

Wichtiges Ziel, so Graf Westarp, sei es jetzt, die Basis der Landesvereinigung auszubauen und neue Mitglieder zu gewinnen. Das Ergebnis der Landtagswahlen sei mit 1,1 % durchaus ermutigend gewesen angesichts der Tatsache, dass die FREIEN WÄHLER das erste Mal und mit sehr geringer Ausstattung an Mitgliedern und Material in ganz Mecklenburg-Vorpommern angetreten sind. „Vor allem aber der Einzug der von den FREIEN WÄHLERN unterstützten Unabhängigen Wählergemeinschaften in 5 von 6 Kreistagen zeigt, dass unsere Forderung nach umfassender Bürgerbeteiligung, nach Entwicklung des ländlichen Raums und einer verbesserten Finanzausstattung der Kommunen auf positive Resonanz stoßen“, so der neue Vorsitzende.

Die Mitgliederversammlung der FREIEN WÄHLER hat sich in Güstrow umfangreiche Aufgaben für 2012 vorgenommen: wichtigster Schauplatz ist dabei die verstärkte Arbeit vor Ort, wo jetzt ja schon die meisten Mitglieder in Kommunalvertretungen und Bürgerinitiativen tätig sind. Hier gilt es, Erfahrungen auszutauschen, Netzwerke auszubauen und neue Mitglieder zu gewinnen. Zugleich soll eine landesweite Initiative vorbereitet werden, den Bürgereinfluss auf die Politik im Land zu verstärken. Und es soll die Zusammenarbeit mit den FREIEN WÄHLERN in den benachbarten norddeutschen Bundesländern vorangetrieben werden.

Gabriele von Fuchs
Landesschriftführerin



NIEDERSACHSEN



FREIE WÄHLER Niedersachsen rüsten sich für die Landtagskandidatur 2013

Auf vier Regionalforen haben die FREIEN WÄHLER Niedersachsen mit örtlichen Wählergemeinschaften über die Landtagswahl 2013 beraten. „Wir haben dabei viele Anregungen aus den Wählergemeinschaften bekommen, die wir jetzt in die weitere Wahlvorbereitung einfließen lassen werden“, so FREIE-WÄHLER-Landesvorsitzender Arno Ulrichs aus dem Landkreis Aurich.

Die FREIEN WÄHLER, die sich als Netzwerk für die parteifreien Wählergemeinschaften und Bürgerinitiativen verstehen, wollen auf ihrer Landesmitgliederversammlung Anfang Februar 2012 endgültig über ihre Landtagswahlteilnahme beschließen. Ulrichs: „In vielen Wählergemeinschaften wird eine Kandidatur unterstützt, da die Landespolitik immer stärker in die Kommunalpolitik eingreift – von den Finanzen bis hin zu Vorschriften, wie groß der Abstand zwischen den Kleiderhaken in der Kindergartengarderobe sein muss.“

Die FREIEN WÄHLER vermissen im Landtag jedoch nicht nur einen Fürsprecher für die Gemeinden und Städte. Auf den Regionalforen in Oldenburg, Rotenburg/Wümme, Hannover und Gieboldehausen (Landkreis Göttingen) wurde auch einhellig Klage darüber geführt, dass immer mehr Bürger sich von der Politik abwenden, da der Politikbetrieb viel zu wenig auf die Bedürfnisse und Anliegen der Bevölkerung eingehe. Auf örtlicher Ebene hätten die Wählergemeinschaften mit ihrem Einsatz für mehr Transparenz, Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie positive Impulse gesetzt. Diese guten Erfahrungen wollen die FREIEN WÄHLER nun auch in die Landespolitik einbringen.

Arno Ulrichs

FREIE WÄHLER näher am Bürger und für mehr direkte Demokratie



Termine:

Landesmitgliederversammlung und Neujahrsempfang mit Hubert Aiwanger und Hans-Olaf Henkel am 11.02.2012 in Hannover





FREIE WÄHLER Nordrhein-Westfalen

Mit der Gründung der Landesvereinigung Freie Wähler Nordrhein-Westfalen am 10.09.2011 als Untergliederung der Bundesvereinigung Freie Wähler wurde ein lange gehegter Wunsch vieler aktiver Kommunalpolitiker der Freien und Unabhängigen Wählergemeinschaften in NRW erfüllt.

Die Gründung erfolgte in enger Abstimmung mit dem kommunalpolitischen Landesverband. Der Vorstand, in dem auch Mitglieder des Landesverbandsvorstands integriert sind, hat Mitglieder aus allen NRW - Regierungsbezirken.

Bei der ersten Vorstandssitzung wurde die Marschrichtung festgelegt. Zielgerichtet soll auf eine Teilnahme an der Bundestagswahl 2013 hin gearbeitet werden. Bei der nächsten Mitgliederversammlung sollen die Mitglieder darüber abstimmen, ob eine Landesliste für die Bundestagswahl aufgestellt wird.

Der Vorstand hat Themenbereiche festgelegt, für die eine Programmatik entwickelt werden soll. Dies sind:

- Finanzen/Kommunalfinanzen/Steuerpolitik
- Direkte Demokratie/Transparenz
- Jugend/Bildung

Die weiteren notwendigen Programmpunkte werden in weiteren Themenblöcken nach und nach erarbeitet. Alle Mitglieder wurden aufgefordert mitzuarbeiten, die Resonanz war sehr gut.

Für das Bundesprogramm hat NRW die folgenden Themen übernommen:

- Energieversorgung, Ver- und Entsorgung, Gesundheit, Verkehrspolitik

NRW ist ein Bundesland mit ländlicher Struktur sowie Ballungszentren. Die Themenbereiche haben entsprechend unterschiedliche Schwerpunkte, die je nach regionaler Struktur Berücksichtigung finden müssen, somit entsprechen die von uns übernommenen Themen den uns bekannten Anforderungen in NRW.

Neben dem Programm ist der Aufbau der Partei in NRW ein weiteres Arbeitsfeld des Vorstands. Alle Vorstandsmitglieder wollen Wählergemeinschaften besuchen und für die Partei werben. Die Notwendigkeit der politischen Arbeit auf allen Ebenen muss in die Breite des Landes getragen werden, so der Landesvorsitzende Rüdiger Krentz. Dabei will Krentz auch den Landesverband mit einbinden.

Die Gründung der ersten Bezirksvereinigung als Untergliederung der Landesvereinigung ist für 2012 geplant. Der NRW - Vorstand sieht sich gut aufgestellt. Die Chemie der Vorstandsmitglieder untereinander passt zu 100%, damit hätte nach den heftigen Geburtswehen vor der Gründung kaum jemand gerechnet.

Für die bevorstehenden Wahlen, Bundestagswahl 2013, Europawahl 2014 gemeinsam mit Kommunalwahl und Landtagswahl 2015 sehen wir uns auf dem richtigen, aber auch arbeitsreichen Weg.

Rüdiger Krentz
Landesvorsitzender



„Die FREIEN WÄHLER in Rheinland-Pfalz – kommunale Tradition auf dem Weg nach Europa!“

Manfred Petry, Landesvorsitzender und stv. Bundesvorsitzender

Die Freien Wähler blicken in Rheinland-Pfalz auf eine lange Tradition zurück. Die meisten unserer Mitgliedsverbände haben sich nach dem 2. Weltkrieg gegründet, um vor Ort, also im unmittelbaren kommunalen Bereich das Zusammenleben und die Entwicklung unserer Gesellschaft mit zu gestalten. Viele Freie Wähler können aber auf ein weitaus längeres Wirken zurückblicken – die Freien Wähler der Stadt Neustadt an der Weinstraße zum Beispiel feiern im Jahr 2012 ihr 100jähriges Bestehen!

Wir Freien Wähler haben für unsere Arbeit in den vergangenen Jahrzehnten, insbesondere durch unsere Grundverpflichtung zu einer „an und für die Sache orientierten Politik“ gerade im kommunalen Bereich großen Zuspruch und breite Unterstützung erfahren. Auf der Ebene der Gemeinden, Städte, Landkreise und des Bezirksverbands Pfalz haben die Freien Wähler eine beachtenswerte Stärke in der politischen Landschaft in Rheinland-Pfalz erreicht. Das große Vertrauen in die Arbeit der Freien Wähler zeigt sich in den landesweit hervorragenden Ergebnissen bei den letzten Kommunalwahlen im Jahr 2009:

Mit 11,5 % erzielten wir Freien Wähler nach CDU und SPD landesweit das drittbeste Ergebnis. Wir holten in den 24 Kreistagen 137 Mandate, in den Räten der 12 kreisfreien Städte immerhin 66 und damit in der Summe 203 Sitze. Im Landkreis Bitburg-Prüm stellen die Freien Wähler mit Dr. Joachim Streit den Landrat.

Auf der nächstfolgenden Ebene der Verbandsgemeinden und der verbandsfreien Gemeinden konnten die Freien Wähler von insgesamt 5.894 Mandaten 1095 gewinnen, das sind 18,6 %.

In unseren Gemeinden in Rheinland-Pfalz waren 25.474 Ratsmitglieder zu wählen. Davon wurden 11.260 in Mehrheitswahl vergeben. Von den verbliebenen 14.214 erreichten die Freien Wähler 5.943 Sitze. Das sind herausragende 41,8 %.

Eine Gesamtbetrachtung über alle kommunalen Ebenen hinweg ergibt in Rheinland-Pfalz für die Freien Wähler folgendes Bild der aktuellen kommunalpolitischen Stärke:

Von zu vergebenden 36.207 Mandaten aller Kommunalparlamente wurden durch reine Mehrheitswahl, also ohne das Aufstellen von Listen von politischen Gruppierungen, 11.799 vergeben, darunter auch an viele Mitglieder der Freien Wähler. Von den verbliebenen 24.408 Mandaten erreichten die Kandidatinnen und Kandidaten auf Listen der Freien Wähler landesweit 7.760 Mandate. Der Anteil von toten 31,8 % stellt nach der CDU das zweitbeste Ergebnis in Rheinland-Pfalz dar, also noch vor der SPD. Die Freien Wähler stellen die meisten Ortsbürgermeister.

Auf diesem Ergebnis gilt es in Zukunft aufzubauen – zum einen im Bereich der vielfältigen kommunalen Handlungsfelder, aber insbesondere auch auf der Landes-, Bundes- und Europaebene.

Grundlage für die Arbeit der Freien Wähler auf diesen Ebenen bildet in Rheinland-Pfalz eine zweigliedrige Struktur. Der Landesverband Freier Wählergruppen FWG Rheinland-Pfalz e.V. stellt sich seit den 70er Jahren mit seinen 176 Mitgliedsverbänden mit ca. 10.000 Mitgliedern den kommunalen Herausforderungen.



Am 8. Mai 2010 gründete sich aus dem Landesverband heraus die Landesvereinigung FREIE WÄHLER Rheinland-Pfalz unter dem Dach der Bundesvereinigung. Es war uns dabei wichtig, sowohl inhaltlich, als auch personell keine Spaltung der Freien Wähler herbeizuführen, sondern klare gemeinsame Handlungsstrukturen zu schaffen:

Der Landesverband mit seinen Mitgliedsverbänden sieht seine Schwerpunktaufgaben in der kommunalen Selbstverwaltung, die Landesvereinigung mit den zur Zeit ca. 200 persönlichen Einzelmitgliedern möchte sich auf der Landes-, Bundes- und der Europaebene für eine an den gemeinsamen Grundwerten der Freien Wähler orientierten Politik einsetzen. Beides zusammen stellt in Rheinland-Pfalz keinen Widerspruch dar. Im Gegenteil – die beiden Handlungsebenen ergänzen und unterstützen sich in ihrer Arbeit. Trotz allem gilt es aber weiterhin für ein überregionales Engagement der Freien Wähler verstärkt Überzeugungsarbeit in der Breite zu leisten.

Die Teilnahme der FREIEN WÄHLER Rheinland-Pfalz an den Landtagswahlen am 27.03.2011, also erst wenige Monate nach der Gründungsversammlung, brachte mit 2,3% ein mehr als zufriedenstellendes Ergebnis und mit dem erreichten Listenplatz 6 eine gute Basis für die nächste Landtagswahl im Jahr 2016. Als wichtiger Schritt muss auch der einstimmige Beschluss des Landesrates der FREIEN WÄHLER in Rheinland-Pfalz bewertet werden, in den 4 rheinland-pfälzischen Bezirken Untergliederungen zu schaffen und damit noch mehr regionale Verantwortung zu übernehmen. Die dazu notwendigen Beschlüsse zu den erforderlichen Satzungsänderungen werden in der Mitgliederversammlung am 04.02.2012 erfolgen.

„Die Entwicklung der Freien Wähler auf der Bundesebene ist atemberaubend!“ – mit diesem Worten habe ich die Arbeit der Bundesebene bei der letzten Mitgliederversammlung der FWG Bezirkstag Pfalz e.V. gelobt. In 13 der 16 Bundesländer werden bis Ende des Jahres Landesvereinigungen unter dem Dach der Bundesvereinigung für die Freien Wähler arbeiten. Eine tolle Leistung, insbesondere unserer Bundesgeschäftsführerin Cordula Breitenfellner. Auch die wichtige Entscheidung der Freien Wähler in Bayern zum Beitritt in die Bundesvereinigung war ein ganz entscheidender Schritt - unserem Vorsitzenden Hubert Aiwanger sei an dieser Stelle einmal stellvertretend für alle „Mitstreiter“ ein herzliches Dankeschön gesagt, für seine Überzeugungskraft und seinen unermüdlichen Einsatz.

Oberstes Ziel aller Landesvereinigungen muss es aber sein, die vorhandenen Leistungspotentiale in erster Linie in die Entwicklung der Strukturen vor Ort einzubringen - und damit meine ich insbesondere auch die Steigerung unserer Mitgliederzahlen in den „Stadtstaaten“. Vor Ort Stärke gewinnen, bedeutet auch nach außen hin ein mehr an politischem Gewicht, ein mehr an Anerkennung und Aufmerksamkeit.

Für die Freien Wähler in Rheinland-Pfalz darf ich feststellen, dass mit der tollen Entwicklung auf Bundesebene eine Entscheidung zur Teilnahme der Freien Wähler an der Bundestagswahl 2013 praktisch gefallen ist. Alle Freien Wähler in Rheinland-Pfalz und in allen anderen Bundesländern rufe ich auf, die politische Erfolgsgeschichte der FREIEN WÄHLER weiter intensiv zu unterstützen. Die politische Landschaft in der Bundesrepublik gewinnt mit den FREIEN WÄHLERN eine neue glaubhafte und wählbare politische Alternative zu den etablierten Parteien. Gemeinsam gilt es die FREIEN WÄHLER als politische Kraft der bürgerlichen Mitte zu stärken – wir werden die 15 rheinland-pfälzischen Bundestagswahlkreise besetzen und mit einer Landesliste für eine „Politik mit gesundem Menschenverstand“ für unser Heimatland und zum Wohle von Rheinland-Pfalz kämpfen!

Termine:

Landesmitglieder-
versammlung am
04.02.2012 im
Raum Mainz



FREIE WÄHLER Saarland – Klare Linie mitten in Europa

Nimmt man die Nummern der letzten vier Bundestagswahlkreise von 296 bis 299, so liegt das Saarland am Ende der Bundesrepublik. Tatsächlich liegen wir im Herzen Europas. Es hindert uns nicht, im Interesse der Bürger/innen die europakritischen Positionen zu Eurobonds, Rettungsschirm und nationalen Schuldenbremsen konsequent zu vertreten. Kritische Haltung ist verantwortliche Politik und nicht antieuropäisch.

1959 war das Saarland das erste Anschlussgebiet. Nicht nur solche historischen Hintergründe haben das Land geprägt. FREIE WÄHLER haben hier eine lange Tradition. Die großen Wahlerfolge der FREIEN WÄHLER führte Mitte der 50er Jahre dazu, dass auf Veranlassung unter der Regierung Adenauer die Wahlgesetze erst im Saarland, dann in NRW und Niedersachsen gezielt so geändert wurden, dass Wählergruppen faktisch politisch über Jahre ausgeschaltet waren.

Diese einschneidende Zäsur in der Entwicklung der FREIEN WÄHLER im Saarland und die jederzeit wieder mögliche Änderung der Wahlgesetze im Hinterkopf, führt in so einem kleinen Flächenland wie Saarland dazu, dass sich die FREIEN WÄHLER dort nur dann politisch wieder effektiv entfalten können, wenn wir uns im Rahmen der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER als Untergliederung in einer einheitlichen und durchgängigen Organisationsform aufstellen und Doppelstrukturen vermeiden. Die Gründung von FREIE WÄHLER Saarland als zehnte Landesvereinigung im August 2011 hat eine hervorragende Ausgangslage dazu geschaffen. Die Einbindung und Integration bestehender Ortsvereine läuft. Die klare Parteistruktur ist für viele FREIE WÄHLER noch gewöhnungsbedürftig. Durch die enge und intensive Zusammenarbeit mit dem amtierenden Vorsitzenden des Landesverbandes FREIE WÄHLER Saarland e.V., Hermann Kreis, ist die Information und Einbindung der bestehenden Ortsvereine gewährleistet. Der Mitgliederzuwachs ist stetig. Die Strukturen werden durch gezielte Werbung für die Sache der FREIE WÄHLER ausgebaut.

Der Landesvorsitzende und Bundesjustiziar Prof. Dr. Bernd Richter ist zugleich Fraktionsvorsitzender der FREIEN WÄHLER im Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken. Im Land stehen ihm seine Vorstandskollegen Georg Hähl als Stellvertreter und Stephan Kunz als Schatzmeister zur Seite. Weitere Vorstandspositionen werden entsprechend der regionalen Ausweitung der Organisation kurzfristig besetzt. Der Vorstand verfolgt mit Rückhalt der Mitgliederversammlung ein klares strategisches Entwicklungs- und Wahlteilnahmeprogramm. Die Wahlteilnahme an der Bundestagswahl im September 2013 ist nach der erfolgreichen Verschmelzung mit Bayern für uns Pflicht. Die Teilnahme an der Bundestagswahl ist zugleich eine vorlaufende Werbekampagne, die uns bei den Kommunalwahlen 2014 nutzt.

Als wählbare Alternative müssen wir uns klar und deutlich auf allen politischen Ebenen positionieren. Eine flächendeckende Präsenz der FREIEN WÄHLER ist unverzichtbar. Die bisher 80 Mandate in Gemeinderäten und Kreistagen reichen uns nicht aus. Mit dem Wegfall der kommunalen 5%-Sperrklausel ist die Zahl der FREIE WÄHLER Mandate deutlich zu steigern. Die gezielte Einbindung bestehender Ortsvereine und die Motivation bisher unpolitischer Bürger/innen für unser Gemeinwesen haben oberste Priorität. Unsere Werbekampagne: „Nehmen Sie die Politik selbst in die Hand! Werden Sie FREIER WÄHLER!“ wird zum Jahresbeginn 2012 gestartet. Wir verstehen uns als solide bürgerliche politische Kraft der Mitte. Hier haben die wankelmütigen etablierten Parteien mit ihrer Politik der Beliebigkeit eine Lücke hinterlassen. Wer Kommune kann, kann auch Land, Bund und Europa.



FREIE WÄHLER wollen zur Bundestagswahl antreten, um die irrwitzige Politik der Bundesregierung zu beenden

Dessau-Roßlau – Am Samstag, den 19.11.2011 fand in Dessau-Roßlau die Landesmitgliederversammlung der FREIEN WÄHLER Sachsen-Anhalts statt.

Die FREIEN WÄHLER Sachsen-Anhalt konnten bei ihrem ersten Antritt zu Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt mit 2,8% der Zweitstimmen ein überaus gutes Ergebnis erzielen, welches bundesweit nicht nur für Aufmerksamkeit, sondern auch für Aufregung sorgte, weil der designierte Ministerpräsident Haseloff (CDU) öffentlich im Fernsehen betonte, sich durchaus eine Regierungskoalition mit den FREIEN WÄHLERN vorstellen zu können.

Nun wollen die FREIEN WÄHLER weiter gehen. Der Landesvorsitzende Mario Rudolf sagte dazu: „Wir haben gemerkt, dass wir mit unserem Programm und politischen Leitlinien den Nerv der Zeit und der Bürger getroffen haben. Viele politische Gruppierungen haben sich die Ideen zur Gestaltung unserer Gesellschaft und der Erneuerung der Demokratie bei uns abgeschaut. Unsere Forderungen nach mehr direkter Demokratie durch mehr Mitbestimmung der Bürger schreiben jetzt witziger Weise auch die Altparteien in ihre Programme. Doch gelebt wird das von ihnen nicht.“ Die Zeiten werden sich ändern, da ist sich Mario Rudolf sicher. Die vielen Straßenproteste der Bürger, die Occupy Bewegungen sind die ersten Anzeichen. Den Menschen in der westlichen Welt wird es durch die Staatsschuldenkrisen, die immer mehr Länder mit sich reißen, an die finanzielle Substanz gehen. Das formt Widerstand.

Deswegen ist es für die FREIEN WÄHLER nur die logische Konsequenz mit ihren Forderungen auch zur Bundestagswahl anzutreten. Die Vereinigung will in die politische Verantwortung. Dabei kann sie die bundesweite Erfahrungen aus 60 Jahren Arbeit der freien und kommunalen Wählergemeinschaften nutzen. Es gilt auch hier die Sammlungsbewegung der Wählergemeinschaften bundesweit auszudehnen, um unter dem Namen FREIE WÄHLER ein starkes handlungsfähiges Bündnis zu formen.

Gerade in Bezug auf die EURO-Krise besteht hier schon die Notwendigkeit einer neuen politischen Kraft. Mario Rudolf zum EURO-Krisenmanagements der Bundesregierung: „Das hat nichts mehr mit verantwortlichen Handeln zu tun! Das ist auch nicht mehr fahrlässig. Diese Politik ist irrwitzig! Die Bundesregierung scheint von allen guten Geistern verlassen zu sein. Es gibt doch keine seriösen Experten mehr, die diesen Wahnsinnstaten irgendeine auch nur halbwegs sichere Aussicht auf Erfolg bescheinigen.“

Einstimmig wurde durch die Landesmitgliederversammlung die Teilnahme der FREIEN WÄHLER an der Bundestagswahl 2013 beschlossen. Weiterhin wurde auf der Mitgliederversammlung angeregt, dass darauf hingearbeitet werden soll, zeitgleich mit der Bundestagswahl eine Volksabstimmung durchzuführen. Hier sollen vorbereitende Gespräche mit den verantwortlichen Mitgliedern der Bundesvereinigung geführt werden.

Die Leitlinien der FREIEN WÄHLER Sachsen-Anhalt wurden ebenso auf der Mitgliederversammlung bestätigt. Unter www.fw-lsa.de sind alle aktuellen Informationen über die Landesvereinigung nachzulesen.

Mario Rudolf





FREIE WÄHLER Sachsen

Die Entwicklung der FREIEN WÄHLER in Sachsen ist eng mit der politischen Wende in der DDR und der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands verbunden. Viele derer, die sich heute bei den FREIEN WÄHLERN engagieren, waren Aktive in diesen historischen Zeiten. Deshalb ist die Farbenpracht der FREIEN WÄHLER in Sachsen auch besonders bunt. Das ist ein Spiegelbild der Herkunft der Akteure.

Sehr früh wurde erkannt, dass eine Bündelung der „Unabhängigen“ in Sachsen rasch erfolgen muss. Dies geschah mit der Gründung des Landesverbandes der FREIEN WÄHLER Sachsen am 14. November 1992 in Meerane, welcher dann später „FREIE WÄHLER Sachsen e. V.“ wurde. Einige Unabhängige wurde auch von den etablierten Parteien mit aggressiven Methoden abgeworben.

Zu den Kommunalwahlen im Juni 1994, mit der Wiedergründung des Freistaates Sachsen, erreichten die Freien Wähler bei Kreistagswahlen 5,6 % und bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen 18,3 % der Stimmen. Das bundeseinheitliche Logo der FREIEN WÄHLER führen die Sachsen seit 2004 und treten somit einheitlich nach außen in Erscheinung.

Die mühsame Strukturarbeit in kleinen Schritten zeigte bei den Wahlen 2009 ihren Erfolg. Seit dieser Zeit sind wir in allen Kreistagen mit landesdurchschnittlichen 12,1 % und bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen landesdurchschnittlich mit 24,6 % vertreten. Damit sind die FREIEN WÄHLER in Sachsen die zweitstärkste Kraft auf kommunaler Ebene nach der CDU.

Die vorhandene Struktur und die vielen Aktiven erlauben und bedingen einen Blick in Richtung Landespolitik, da unsere Wähler ein Engagement der FREIEN WÄHLER auf Landesebene ausdrücklich wünschen und sogar einfordern. Um eine Beteiligung zur Landtagswahl möglich zu machen, gründeten die FREIEN WÄHLER in Sachsen am 10.11.2009 eine Landesvereinigung nach dem Parteiengesetz mit dem Namen „FREIE WÄHLER Sachsen“.

Am 18.06.2011 wurde diese Vereinigung aufgelöst und eine Landesvereinigung der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER mit dem gleichen Namen „FREIE WÄHLER Sachsen“ gegründet.

Unsere Landesvereinigung versteht sich als Kind des Landesverbandes und soll dies auch bleiben. Der Vorstand des Landesverbandes und der Landesvereinigung, sind im Wesentlichen identisch. Dies ist so gewollt. Für ein Engagement auf landespolitischer Ebene ist die Basis in den Ortsvereinen die Grundlage für Erfolge und die Chance für ein hohes Maß an qualitativ guter Arbeit durch die jahrelangen kommunalen Erfahrungen und das Fachwissen von den vielen Persönlichkeiten vor Ort. Darüber hinaus unterstützen wir die Bemühungen der Bundesvereinigung zur Teilnahme an der Bundestagswahl 2013.

Bernd Gerber
Landesvorsitzender



FREIE WÄHLER und die EURO-Krise

Als Mitarbeiter des Bundesrechnungshofes liegen mir naturgemäß die Bundes- und Landesfinanzen, folglich die Schuldenkrise, besonders am Herzen. Sie lässt sich auf wenigen Zeilen weder abschließend behandeln, noch lösen. Feststellen aber lässt sich:

- Eine Bundesregierung, die Steuerermäßigungen beschließt und diese dann mit neuen Schulden finanziert, stiehlt dieses Geld von Ihren Bürgern und lässt deren Kinder dafür zahlen.
- Eine Bundesregierung, die trotz nicht erwarteter Mehreinnahmen in Milliardenhöhe ihre Bürger im Jahr 2012 mit zusätzlichen 26.000.000.000 € (26 Mrd. €) verschuldet, handelt verantwortungslos, verspielt nicht nur die Bonität Deutschlands, sondern auch die Zukunft unserer Kinder.
- Bereits im Jahr 2009 hat der Bundesbeauftragte für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung Entlastungsmöglichkeiten des Bundeshaushalts von über 21 Mrd. € innerhalb von 5 Jahren aufgezeigt. In seinen jährlichen Bemerkungen listet der Bundesrechnungshof regelmäßig Einsparmöglichkeiten in Milliardenhöhe auf.
- Statt zu sparen erhöht die Bundesregierung jährlich den Schuldenstand und verspielt bei jährlich über 35 Mrd. Zinszahlungen jeglichen Gestaltungsspielraum.
- Die Bundesregierung hätte längst einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden vorlegen können.
- Statt dessen schont sie lieber die Großverdiener, verteilt Geschenke an ihre Lobby und lässt zu, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter und schneller auseinander klafft: die reichsten 10% der Bevölkerung verdienen acht mal so viel, wie die ärmsten 10%; in den neunziger Jahren lag dieses Ungleichgewicht noch bei 6 zu 1.
- Steigen die Zinsen, die Deutschland für seine ständig wachsende Verschuldung zahlen muss, auf das durchaus nicht ungewöhnliche Niveau von über 4 %, so stehen wir dort, wo vor kurzem noch Spanien, Portugal, Italien oder Griechenland standen und finden uns in einem sich selbst verstärkenden teuflischen Kreislauf wieder.

Uns – und die anderen Staaten der Europäischen Union - „retten“ weder noch so viele Rettungsschirme, weder Euro- noch Merkel- oder Elitebonds. Ausschließlich eine solide, die Verschuldung erkennbar und glaubhaft abbauende Haushaltspolitik der einzelnen Staaten bringt das notwendige Vertrauen und notwendiges Kapital zurück. Dass dies auch kurzfristig möglich ist zeigt die Reaktion der Finanzmärkte auf die ersten glaubhaften Maßnahmen der Regierung Monti in Italien: die Zinsen, die Italien zahlen muss, sind rapide gesunken. Es liegt nur an der Politik, ob dies von Dauer ist...

Die Bürger und die FREIEN WÄHLER haben verstanden, dass ständig wachsende Schulden den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, unseren Wohlstand und die Zukunft unserer Kinder zerstören. Die Bundesregierung ist weder zu dieser Erkenntnis gelangt noch zu einer soliden Haushaltspolitik in der Lage.

Es ist nicht nur im Interesse der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER, es ist im Interesse unserer Gesellschaft, der Menschen in Deutschland und im Interesse unserer Kinder, dass wir uns dieses Themas verstärkt annehmen.

Alfred Zellfelder
Amtierender Landesvorsitzender





SCHLESWIG-HOLSTEIN



FREIE WÄHLER -SH starten in den Landtagswahlkampf

Die Auftaktveranstaltung für den Landtagswahlkampf fand am 17.11.2011 unter dem Motto „Bildung statt Banker!“ in Lübeck statt.

Der Landesvorsitzende der Landesvereinigung FREIE WÄHLER Schleswig-Holstein Alfred Zellfelder kritisierte in seiner Rede, dass die Kommunen als Basis, wo die Menschen leben und arbeiten, durch Nichteinhalten des Konnexitätsprinzips immer weiter finanziell ausbluten und die schwarz-gelbe Bundesregierung mit ihrer Haushaltspolitik geradezu die Bedürftigkeit von Mensch und Kommune zementiere. Zellfelder forderte die Regierungskoalition auf, dass endlich wieder eine Politik der Vorsorge und nicht der reinen Fürsorge betrieben werde. Die Kommunen müssten endlich eigener Herr ihrer finanziellen Mittel sein und nicht durch die unsägliche Fördertoppolitik und der damit verbundenen Bürokratie gegängelt werden.

Der Bundesvorsitzende Hubert Aiwanger erneuerte in seiner Ansprache seine Vorwürfe an die Adresse von schwarz-gelb, bei der Euro- Schuldenpolitik fatale Fehler zu machen: "Wer entgegen früherer Aussagen die dauerhafte Übernahme fremder Schulden betreibt, der ruiniert am Ende die Stabilität der Währung. Das ist verantwortungslos."

Die FREIEN WÄHLER fordern zur Stabilisierung der Eurozone das Festhalten an den Euro-Stabilitätskriterien, gezielte Regulierungen im Bankenbereich um die negativen Auswirkungen der Deregulierungen wieder in den Griff zu bekommen und eine Beteiligung privater Gläubiger wie Banken, Versicherungen und Investmentgesellschaften bei Entschuldungsmaßnahmen. BGF

Termine:
Wahlkampfveranstaltung FW-SH Sparkassen-Arena/ Businesslounge Kiel am 21.01.2012 um 18:00 Uhr mit Hubert Aiwanger und Hans-Olaf Henkel

Eine neue Art von Denken ist notwendig, wenn die Menschheit weiterleben will. Albert Einstein



Der Bundesvorstand tagte am 17.12.2011 in Lübeck gemeinsam mit dem Landesvorstand des Landesverbandes und der Landesvereinigung FREIE WÄHLER Schleswig-Holstein. Im Anschluss daran fand die Auftaktveranstaltung zur Landtagswahl am 06.Mai 2012 statt.

auf dem Foto v. l. n. r. Bundesvorsitzender Hubert Aiwanger, Landesvorsitzender FW-SH Gregor Voht, BGF Cordula Breitenfeller, Bundesjustiziar Prof. Bernd Richter, BGF-Vize Arnold Hansen und in Vertretung für den stv. BV Bernd Häfner



FREIE WÄHLER Thüringen

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

das Jahr 2011 steht kurz vor seiner Vollendung. Und während Sie hoffentlich geruhsam dem Weihnachtsfest entgegen sehen können, laufen andernorts die Drähte heiß, um die Folgen der globalen Finanzkrise in den Griff zu bekommen.

Wir mussten in den letzten Jahren erkennen, dass das freie Spiel der Märkte in Resonanz mit der Konjunktur zu unkontrollierbaren Auswüchsen führt, die den einen oder anderen an der Beeinflussbarkeit dieser Größen durch den Bürger als Souverän der Politik zweifeln ließen. Es erscheint einem in der Tat manchmal so, dass nicht demokratisch legitimierte Regierungen und Parlamente, sondern Ratingagenturen unser Gemeinwesen bestimmen. Dass eben dieser Eindruck falsch ist, muss die Politik dem Bürger glaubhaft vermitteln und das im Großen wie im Kleinen. Transparenz und faires Miteinander der politischen Akteure sind dafür eine Grundvoraussetzung. Nur so kann das Dilemma der öffentlichen Hand zwischen notwendigen Sparbemühungen und den, diesen entgegenstehenden Wünschen überwunden werden.

Aber nur faires und ausgeglichenes Sparen auf allen politischen Ebenen ist volkswirtschaftlich sinnvoll! Dem entgegengesetzt müssen wir in Thüringen erleben, wie die Kommunen als kleinste demokratische Basis überproportional geschröpft werden sollen, ohne das dem ein entsprechender Sparbeitrag des Landes entgegengesetzt wird. Die Kommunen sind gezwungen worden, Steuern und Gebühren zu erhöhen, was viele Gemeinde- und Stadträte zu schmerzlichen Entscheidungen zwang. Entscheidungen, die die Kommunalpolitik vor Ort direkt dem Bürger gegenüber verantworten muss, die aber vom Grundsatz her auf anderen politischen Ebenen getroffen wurden.

Diese Ungleichverteilung zwischen Entscheidung und Verantwortung muss aufgehoben und das Konnexitätsprinzip tatsächlich angewandt werden. Nur so ist eine funktionierende kommunale Selbstverwaltung möglich, die Politik für den Bürger vor Ort wieder erfahrbar macht und damit letztlich Bürgerinteresse und Transparenz auf allen politischen Ebenen schafft.

Die Rückgewinnung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die Politik durch tatsächliche Teilhabe, Selbstorganisation, Transparenz, Alltagssolidarität, Toleranz, Gemeinsinn und gegenseitigen Respekt, sind Grundelemente gelebter Bürgerdemokratie. Dafür stehen die FREIEN WÄHLER Thüringen.

Marco Tasch
Landesvorsitzender

Termine:

Jahresempfang in
Erfurt im Rathaus
Festsaal am
22.03.2012 um
17:00 Uhr

Die Zukunft kann man am besten voraussagen, wenn man sie selbst gestaltet. Alan Kay



Am 06.12.2011 trafen sich der Bundesvorsitzende Hubert Aiwanger und die BGF Cordula Breitenfellner mit der Landesvorstandschenschaft von FW Thüringen in Erfurt, um sich detailliert über eine mögliche Fusion auszutauschen.



EDITORIAL



Jahresrückblick 2011

Die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER nahm mit ihren Untergliederungen Hamburg, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern an Landtagswahlen teil und erzielte im Hinblick dessen, dass im Prinzip erstmalig und mit geringer Vorlaufzeit sowie kleinem Budget angetreten wurde, sehr respektable Ergebnisse und warf dadurch die FDP aus mehreren Landesparlamenten.

Der Wahlerfolg war beim in der Regel ausschlaggebenden Zweitstimmenanteil immer dann besonders hoch, wenn es einen Wahlkreiskandidaten und damit eine starke Personenwahlkomponente gegeben hat, weswegen künftig eine flächendeckende Aufstellung angestrebt wird. Da ein so FREIE WÄHLER günstiges Wahlsystem, wie in Bayern, wo für die Ermittlung der Sitzzahlen auch der Erststimmenanteil der Direktkandidaten mit herangezogen wird, in den übrigen Bundesländern nicht existent ist, muss die für den Zweitstimmenanteil wichtige Marke FREIE WÄHLER durch noch mehr Öffentlichkeitsarbeit vor Ort erheblich stärker in das Bewusstsein der Bürger gerückt werden.

Als wesentlicher Faktor zählt dabei auch die Verwendung des Namens FREIE WÄHLER bei allen Untergliederungen. Dank der Zulassung durch den Bundeswahlausschuss, der Registrierung beim Bundeswahlleiter und den beiden Urteilen vom OLG Nürnberg und dem BGH Karlsruhe konnte erstmalig in der seit 1946 bestehenden Geschichte der FREIEN WÄHLER das Namensrecht durch die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER und dem Bundesverband FREIE WÄHLER Deutschland e. V. gesichert werden. Dadurch können endlich gezielt Trittbrettfahrer und Tarnlisten, aufgestellt teilweise durch etablierte Parteien, die an dem guten Ruf der FREIEN WÄHLER partizipieren wollen, entzaubert werden.

Während die Grünen damals fast ein Jahrzehnt dafür verwendet haben, um sich bundesweit zu konsolidieren, werden die FREIEN WÄHLER dieses Ziel trotz der vielen juristischen Hürden dank hoher politischer Kompetenz und Verantwortung im Zeitraum von knapp drei Jahren, also bis Ende 2012 gemeistert haben und bundesweit gut aufgestellt sein. Als nicht mehr wegzudenkender demokratischer Faktor auf kommunaler Ebene sind die FREIEN WÄHLER als liberale Partei des kleinen Mannes und des Mittelstandes eine politische Alternative der bürgerlichen Mitte mit großem Potential auf überregionaler Ebene.

Das man dieses große überregionale Potential den FREIEN WÄHLERN zugesteht, erkennt man auch am eigens im April diesen Jahres einberufenen mehrtägigen Symposium durch das Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (PRuF) in Düsseldorf, an dem nicht nur viele der bundesweit renommierten Politologen und Staatsrechtler teilgenommen haben, sondern auch Vertreter aller etablierten Parteien.

Im Namen der gesamten Bundesvorstandschaft möchte ich mich bei allen FREIEN WÄHLERINNEN und WÄHLERN für Ihr Engagement und das in uns gesetzte Vertrauen bedanken und wünsche Ihnen allen ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Neue Jahr.

Ihre
Cordula Breitenfellner

Impressum

Herausgeber

FREIE WÄHLER
Bundesgeschäftsstelle
Freystädter Str. 28
92361 Berggau

Redaktion

Hubert Aiwanger
Cordula Breitenfellner

Tel.: 09181-25 45 90
Fax: 09181-29 07 20

E-Mail:
bgf@freiewaehler.eu

© Schutzvermerk
ISO 16016 beachten!

Artikel, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Einsender von Manuskripten u. ä. erklären sich mit einer redaktionellen Bearbeitung einverstanden.

Alle Angaben ohne Gewähr. Keine Haftung für unverlangte Einsendungen.

DER FREIE WÄHLER erscheint vierteljährlich und wird an die Mitglieder der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER nur per Mail verschickt.

